



## **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

### **19. Sitzung (öffentlich)**

12. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:30 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Carolin Rosendahl

### **Verhandlungspunkt:**

#### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

**3**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

hier: Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorlage 17/1115,  
Vorlage 17/1260 und  
Vorlage 17/1390

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Die Ergebnisse der Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10 siehe Vorlage 17/1390 (*siehe Anlage*).

Der Einzelplan 10 wird sodann in der vom Ausschuss soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

\* \* \*

## Aus der Diskussion

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 17/3300

hier: Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorlage 17/1115,

Vorlage 17/1260 und

Vorlage 17/1390

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** verweist auf die zwölf als Tischvorlage den Abgeordneten zur Verfügung stehenden Änderungsanträge.

Die Fraktion der Grünen hat es sich nach den Worten von **Norwich Rüße (GRÜNE)** mit den Änderungsanträgen insofern nicht leicht gemacht, als sie nicht nur Erhöhungen der Ansätze fordere, sondern auch Deckungsvorschläge unterbreite.

Aus der Antwort des Ministeriums auf seine in der vorherigen Sitzung gestellten Fragen zum einen zu Kapitel 10 030, Titel 537 12 – „Werkvertrag für ein Anreizsystem Wildschweinbejagung“; (*s. Antrag lfd. Nr. 2*) – und zum anderen zu Kapitel 10 030, Titel 683 00 – „Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen“ –, hier: in Ansatz gebracht für „Zuwendungen an Obstbau-Betriebe zur Deckung von Umsatzeinbußen bei der Ernte von Kern-, Stein- und Beerenobst“; (*s. Antrag lfd. Nr. 3*), gehe hervor, dass aus Titel 537 12 bisher noch keine Mittel ausbezahlt worden seien, während die Gewährung von Zuwendungen aus Titel 683 00 inzwischen abgeschlossen sei. Daher eigneten sich diese beiden Titel für Gegenfinanzierungen.

Mehr getan werden müsse hingegen unter anderem für das Kleingartenwesen – Kapitel 10 030, Titelgruppe 63, Titel 686 63 – „Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland“; (*s. Antrag lfd. Nr. 4*) –, wenn die Kleingartenanlagen als Teil städtischen Grüns und als belebendes Element zurückgewonnen werden sollten. Über dieses Ziel herrsche in seiner Fraktion seit jeher Einigkeit.

Eine große Notwendigkeit sehe seine Fraktion angesichts des dramatischen Rückgangs der Artenvielfalt und des Insektensterbens auch für die Auflegung eines Insektenschutzprogramms, und zwar im Umfang von 2,5 Millionen Euro – Kapitel 10 030, Titelgruppe (neu); (*s. Antrag lfd. Nr. 1*).

Zudem wolle seine Fraktion die Gelder für die ihres Erachtens unterfinanzierte „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ um 1 Million Euro erhöht wissen – Kapitel 10 060,

Titelgruppe 77 „Umweltbildungseinrichtungen und Bildung für nachhaltige Entwicklung“, Titel 686 77 „Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland“; (s. Antrag lfd. Nr. 12) –; die im Haushalt dafür vorgesehenen Mittel reichten perspektivisch nicht aus.

Sie könne sich wegen deren Abwesenheit nicht an die Ministerin wenden und übermittle daher dem anwesenden Staatssekretär ihren grundsätzlichen Eindruck, dass der zweite Haushaltsentwurf der Landesregierung überrollt sei, steigt **Annette Watermann-Krass (SPD)** in ihre Ausführung ein. Zukunftsgerichtete Schwerpunktsetzungen vonseiten des Ministeriums bzw. des Parlaments vermöge sie auch in diesem Haushaltsentwurf noch nicht zu erkennen; es spiegelten sich eher Elemente des Koalitionsvertrages wider.

Ihre Fraktion rücke mit ihren Anträgen auf Ansatzserhöhungen das Littering – Kapitel 10 050, Titel 537 13 „Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen“; (s. Antrag lfd. Nr. 9) –, die Hitzebelastung in den Städten – Kapitel 10 060, Titelgruppe 65, Titel 633 65 „Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände“; (s. Antrag lfd. Nr. 11) – sowie das Kleingartenwesen – Kapitel 10 030, Titelgruppe 63, Titel 686 63 „Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland“; (s. Antrag lfd. Nr. 5) – in den Vordergrund.

Wenig überraschend halte ihre Fraktion den Entwurf des Einzelplans 10 für sehr ausgeglichen und das Setzen von Schwerpunkten, beispielsweise auf die Umweltpolitik, für richtig und unterstützenswert, beginnt **Bianca Winkelmann (CDU)** ihren Redebeitrag.

Mit ihrem ersten Änderungsantrag – Kapitel 10 030, Titelgruppe 65, Titel 684 65 „Zuschüsse (an soziale oder ähnliche Einrichtungen)“; (s. Antrag lfd. Nr. 6) – zollten CDU und FDP der Tatsache Rechnung, dass Bildung in Bezug auf Ernährung und Umwelt bei den Kleinsten beginnen müsse, weil sich so die besten Erfolge zeigten.

Zweitens liege ein Änderungsantrag – Kapitel 10 030, Titelgruppe 67, Titel 683 67 „Zuschüsse (an private Unternehmen)“; (s. Antrag lfd. Nr. 7) – der regierungstragenden Fraktionen zum Thema „Gewässerschutz“ vor, um insbesondere die kleinen Wasserk Kooperationen bei der Anschaffung der zum Testen der Inhaltsstoffe von Gülle und der sachgerechten Ausbringung dieses Wirtschaftsdüngers einsetzbaren Gülledurchflussmessgeräte zu unterstützen.

Der dritte Antrag – Kapitel 10 040, Titel 686 10 „Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland“; (s. Antrag lfd. Nr. 10) – beziehe sich auf die bereits im Plenum beschlossene Fluggastrechte-App. Recherchen hätten ergeben, dass der bisherige Ansatz für eine vernünftige Umsetzung der Entwicklung der für die Verbraucher in Nordrhein-Westfalen sehr wichtigen und maßgeblichen App nicht ausreiche. Von daher forderten die regierungstragenden Fraktionen eine Aufstockung des Ansatzes um 150.000 Euro.

Was die Anträge von SPD und Grünen anbelange, so wolle sie zum einen den Grünen ein großes Lob dafür aussprechen, dass sie überhaupt Deckungsvorschläge eingereicht hätten, müsse zum anderen allerdings mit Blick auf den möglichen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest die in Ansatz gebrachte Reduzierung der Mittel für die Wildschweinbejagung als derzeit nicht brauchbar ablehnen. Zwar seien die Mittel für

den genannten Zweck im vergangenen Haushaltsjahr nicht gänzlich abgerufen worden und eine Krisensituation glücklicherweise noch nicht eingetreten, doch gelte es, das Ministerium durch im Haushalt bereitstehende Gelder in die Lage zu versetzen, handeln zu können.

Ähnliches gelte mit Blick auf die aktuelle Situation – die Umstellung der Vermarktung und weitere Probleme –, in der sich die Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen befinde, für die von den Grünen beantragte Reduzierung des Ansatzes für die Holzabsatzförderung um 1 Million Euro (*s. Antrag lfd. Nr. 8*). Ihre Fraktion könne auch diesen Antrag nicht mittragen.

Die SPD-Fraktion habe für ihre Erhöhungsanträge auf eine Gegenfinanzierung verzichtet – ein zwar zulässiges Verfahren, was es aber CDU und FDP mangels Ausgleichsmasse quasi verwehre, diesen Anträgen zuzustimmen. Zudem erschließe sich ihrer Fraktion vielfach, beispielsweise in Bezug auf den Antrag, der sich mit der Verminderung der Auswirkungen von Hitzeperioden in den Städten befasse – Kapitel 10 060, Titelgruppe 65, Titel 633 65 „Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände“; (*s. Antrag lfd. Nr. 11*) – nicht, wie das Vorhaben umgesetzt werden solle; es fehle noch Fleisch an den Knochen. Daher werde ihre Fraktion auch die Änderungsanträge der SPD-Fraktion ablehnen.

Bezüglich der Anträge aus den Oppositionsfraktionen schließe er sich den Aussagen von Bianca Winkelmann (CDU) an, erklärt **Markus Diekhoff (FDP)** einleitend.

Zur allgemeinen Ausrichtung des Regierungshandelns fügt er an, dass eine solche im Haushalt selbstverständlich sichtbar werde, sich allerdings, da die Entrümpelung von Ideologie nicht immer Geld kosten müsse, sondern sich auf anderen Wegen erreichen lasse, vielfach nicht in Mittelansätzen widerspiegle.

Unter anderem an dem Beispiel Fluggastrechte-App oder auch dem Vorantreiben des Digital Farming erkenne man, dass die Digitalisierung – auch und vor allem auf den Feldern „Umwelt“ und „Landwirtschaft“ – sowie modernes Denken die Leitlinie markierten.

Die Ergebnisse der Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10 siehe Vorlage 17/1390 (*siehe Anlage*).

Der Einzelplan 10 wird sodann in der vom Ausschuss soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

gez. Dr. Patricia Peill  
Vorsitzende

**Anlage**

04.12.2018/05.12.2018

83

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

		Anlage zu Vorlage 17/xxx	
Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	GRÜNE	<p><b>Kapitel 10 030</b></p> <p><b>Titelgruppen (neu)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2019</b></p> <p style="padding-left: 40px;">von 0 Euro</p> <p style="padding-left: 40px;">um 2 500 000 Euro</p> <p style="padding-left: 40px;">auf 2 500 000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2018</b></p> <p style="padding-left: 40px;">0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Der Rückgang der Insektenpopulationen nimmt dramatische Entwicklun- gen an. Daher gilt es ein umfassendes Insektenschutzprogramm zu ent- wickeln, um kurzfristig wirksame Sofortmaßnahmen zum Schutz von In- sekten zu ergreifen. Bestehende Schutzmaßnahmen sind zu evaluieren, auszubauen und ggf. neu zu gestalten. Deckung durch Antrag zu Titel 683 00 522 (Sonderprogramm Obstbau-Betrieb).</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein</p> <p>SPD           nein</p> <p>FDP           nein</p> <p>GRÜNE       ja</p> <p>AFD           nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Anlage zu Vorlage 17/xxx Abstimmungsergebnis
2	GRÜNE	<p><b>Kapitel 10 030</b> <b>Titel 537 11 531</b> <b>Agrarwirtschaft, Fortwirtschaft, Naturschutz und Landwirtschaft</b> <b>Werkvertrag für ein Anreizsystem Wildschweinbejagung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>2019</b> von 2 000. 000 Euro um 1 000.000 Euro auf 1 000.000 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b> 2.000. 000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Ausgestaltung eines Anreizsystems zur Wildschweinbejagung ist als Präventionsmaßnahme bezüglich der Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest folgerichtig. Eine Bereitstellung von 1 000 000 EUR erscheint diesbezüglich angemessen. Deckung des Antrages zum Titel (686 63 523) Erhöhung Kleingarten-</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           nein FDP           nein GRÜNE       ja AFD           nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

		Anlage zu Vorlage 17/xxx	
Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
3	GRÜNE	<p><b>Kapitel 10 030</b> <b>Titel 683 00 522</b></p> <p style="text-align: center;">Agrarwirtschaft, Fortwirtschaft, Naturschutz und Landwirtschaft Zuwendungen an Obstbau-Betriebe zur Deckung von Umsatzeinbußen bei der Ernte von Kern-, Stein- und Beerenobst</p> <p style="text-align: center;">Reduzierung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;"><b>2019</b> von 3 000.000 Euro um 2 500.000 Euro auf 500.000 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b>  2.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Das Programm ist zur Deckung von Ernteaussfällen eingerichtet und aufgrund der schlechten Ernte in 2017 aufgestockt worden. Das Jahr 2018 war ein sehr gutes für die Obstbaubetriebe, daher werden die Mittel in diesem Jahr nicht benötigt und können anderweitig eingesetzt werden. Deckung mit Antrag zur Auferlegung eines Insektenschutzprogramm (Titelgruppe neu).</p>	<p style="text-align: center;"><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU SPD FDP GRÜNE AFD</p> <p style="text-align: center;">nein nein nein ja nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

		Anlage zu Vorlage 17/xxx	
Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
4	GRÜNE	<p><b>Kapitel 10 030</b> <b>Titelgruppen 63</b> <b>Titel 686 63 523</b></p> <p style="text-align: center;">Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;"><b>2019</b> von 317.000 Euro um 283.000 Euro auf 600.000 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b>  267.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Eine Erhöhung der Zuschüsse an den Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner e.V. und den Landesverband der Gartenfreunde e.V. für Schulungen und Maßnahmen im Bereich Integration, Arbeit mit Jugendlichen im Bereich Quartiersentwicklung. Deckung durch Antrag Deckung durch Antrag zu Titel 537 11 531 (Wildschweinbejagung).</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           nein FDP           nein GRÜNE       ja AFD           nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019  
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
5	SPD	<p><b>Kapitel 10 030</b>    <b>Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titelgruppe 63</b>    <b>Kleingartenwesen</b>  <b>Titel 686 65</b>      <b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%;"><b>2019</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: right;"><b>2018</b></td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>550.000 Euro</td> <td></td> <td>600.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>50.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>600.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Arbeit der Landesverbände stellt einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Erhaltung des Freizeigartenbaus dar.  Die Kleingartenverbände tragen mit ihrer Arbeit zum sozialen Zusammenhalt und zu einer nachhaltigen Entwicklung bei.</p>	<b>2019</b>		<b>2018</b>		von	550.000 Euro		600.000 Euro	um	50.000 Euro			auf	600.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;">CDU</td> <td style="width: 30%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
<b>2019</b>		<b>2018</b>																											
von	550.000 Euro		600.000 Euro																										
um	50.000 Euro																												
auf	600.000 Euro																												
CDU	nein																												
SPD	ja																												
FDP	nein																												
GRÜNE	ja																												
AfD	Enth.																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

**Sachhaushalt**

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
6	CDU FDP	<p><b>Kapitel 10 030</b>     <b>Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landwirtschaftspflege</b></p> <p><b>Titelgruppe</b>         <b>65</b></p> <p><b>Titel</b>                 <b>684 65 Zuschüsse (an soziale oder ähnliche Einrichtungen)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></p> <p><b>2019</b>                 von    1.109.000 Euro                               um    13.500 Euro                               auf    1.122.500 Euro</p> <p><b>Erläuterungen:</b> Die Mittel sind für den Westfälisch-Lippischen LandFrauenverband (wllv) und den Rheinischen LandFrauenverband (RhLV) vorgesehen. Mit einem theorie- und praxisbasierten Bildungsprogramm „Woher kommt unser Essen?“ für Grundschulkinde soll die Wertschätzung von Lebensmitteln insbesondere bei jungen Menschen gesteigert werden. Fachfrauen für Ernährungs- und Verbraucherbildung der LandFrauenverbände in NRW bringen als außerschulische Partner ihre Expertise und Authentizität in die Vermittlung ein.</p>	angenommen  CDU             ja SPD             nein FDP             ja GRÜNE        ja AfD             ja



		<p>Neben der personalintensiven Düngeberatung kann die ordnungsgemäße organische Düngung durch Technik, wie sie Durchflussmessgeräte am Güllefass und N-Sensoren für die Chlorophyllmessung darstellen, unterstützt werden. Diese sind z. T. bei flächenstarken Betrieben im Einsatz.</p> <p>Um einer möglichst großen Zahl von auch kleineren und mittleren Betrieben diese Anwendung zu ermöglichen, sollen kleine kommunale Wasserversorger, die ihr Wasser in einem flächenmäßig großen Wassereinzugsgebiet u. U. aus Flachbrunnen gewinnen und deren Rohwasser den Nitratgehalt von 50 mg/l deutlich überschreitet, die Technik bereitgestellt bekommen.</p> <p>Das Ministerium möge die Mittel an Bewerber unter den kleinen Wasserwerken ausschreiben und an verschiedene Kriterien knüpfen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Laufende Wasserkoooperation</li> <li>• Kleiner Betrieb (mit weniger als 2 Mio. m<sup>3</sup> Wasserförderung = 100.000 € Wasserentnahmeentgelt)</li> <li>• Überproportionale Förderung aus Flachbrunnen</li> <li>• Bestehende Überschreitung des 50 mg/l Nitrat-Grenzwertes</li> </ul>
--	--	---

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Anlage zu Vorlage 17/xxx Abstimmungsergebnis
8	GRÜNE	<p><b>Kapitel 10 030</b>      <b>Agrarwirtschaft, Fortwirtschaft, Naturschutz und Landwirtschaft</b>  <b>Titelgruppe 76</b>      <b>Holzabsatzförderung</b>  <b>Titel 683 76 531</b>      <b>Zuschüsse (an private Unternehmen)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>2019</b>  von 2 900.000 Euro  um 1 000.000 Euro  auf 1 900.000 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b>  900.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Der im Haushaltsplan angesetzte Zuschuss zur direkten Förderung der Beförderung und Vermarktung ergibt sich aus der Beendigung der kooperativen Holzvermarktung. Ein Zuschuss von 1.000.000 EUR gegenüber 2018 ist ausreichend.  Deckung des Antrages zum Titel (686 77 332) Erhöhung Bildung für Nachhaltige Entwicklung.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU                    nein  SPD                    nein  FDP                    nein  GRÜNE                ja  AFD                    nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019  
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
9	SPD	<p><b>Kapitel 10 050      Wasserwirtschaft, Kreislaufwirtschaft und Bodenschutz</b></p> <p><b>Titel 537 13      Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen</b></p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">570.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">570.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">670.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Vermüllung (Littering) des öffentlichen Raums wird zu einem immer größer werdenden Problem. Mit den neuen Mitteln soll gemeinsam mit den kommunalen Abfall- und Stadtreinigungsbetrieben ein landesweites Programme zur Sauberhaltung der Städte und zur Müllvermeidung initiiert und unterstützt werden.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	570.000 Euro	570.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	670.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	570.000 Euro	570.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	670.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

**Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
10	CDU FDP	<p><b>Kapitel 10 040 Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titelgruppe 686 10 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Verbraucherverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2019</b> von 2.900.000 Euro um 150.000 Euro auf 3.050.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2018</b> 2.900.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> <b>Förderung Verbraucherzentrale NRW e.V.</b></p> <p>Verbraucherinnen und Verbrauchern fällt es zunehmend schwer, bei Flugausfällen oder -verspätungen ihre Ansprüche gegenüber den Fluggesellschaften durchzusetzen. Ein Grund hierfür ist, dass Fluggesellschaften ihre Kundinnen und Kunden oft nicht ausreichend über ihre Rechte und Ansprüche informieren. In zahlreichen Fällen erfolgen die Auszahlungen der fälligen Entschädigungszahlen durch die Airlines nicht reibungslos. Betroffene werden hingegen, Ansprüche werden nicht reguliert. In diesem Bereich haben sich einige private Anbieter zur Rechtsdurchsetzung etabliert. Nach erfolgreicher Rechtsdurchsetzung stehen Verbraucherinnen und Verbraucher finanziell jedoch schlechter, da sie hierfür einen Teil ihres Entschädigungsanspruchs abtreten müssen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD ja</p>

		<p>Vor dem Hintergrund der schlechten Informationslage ist die Entwicklung einer „Fluggastrechte-App“ ein Schritt in die richtige Richtung. Die Verbraucherzentrale hat in ähnlichen Bereichen bereits sehr gute Erfahrungen gemacht. Durch Information über Fluggastrechte, einfache Bedienung und digitale Geltendmachung von Entschädigungszahlungen stärken wir Verbraucherrechte. Neben der Information wird hierdurch der Druck auf die Unternehmen zur Auszahlung der Entschädigungen erhöht.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019  
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
11	SPD	<p><b>Kapitel 10 060</b> Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit; Gentechnik  <b>Titelgruppe 65</b> Klimamaßnahmen  <b>Titel 633 65</b> Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">617.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">617.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1 017.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Mittel sollen den Kommunen helfen bei anstehenden Hitzeperioden die Bürger vor den Auswirkungen der Hitzebelastungen (Hitzeinseln) zu schützen.  Dabei sollen insbesondere Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• zur Dachbegrünung,</li> <li>• der Erhaltung des städtischen Grüns und</li> <li>• der Erforschung von Maßnahmen zur Verbesserung der Luftzirkulation (Kaltluftschneisen) in Großstädten</li> </ul> finanziert werden.		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	617.300 Euro	617.300 Euro	um	400.000 Euro		auf	1 017.300 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	617.300 Euro	617.300 Euro																							
um	400.000 Euro																								
auf	1 017.300 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

		Anlage zu Vorlage 17/xxx	
Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
12	GRÜNE	<p><b>Kapitel 10 060</b> <b>Titelgruppen 77</b> <b>Titel 686 77 332</b></p> <p>Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik Umweltbildungseinrichtungen und Bildung für nachhaltige Entwicklung Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2019</b> von 1.800.000 Euro um 1.000.000 Euro auf 2.800.000 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b>  900.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Das Projekt Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützt Menschen dabei, Schlussfolgerungen über ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen im globalen Kontext zu betrachten. Das Projekt BNE ergänzt demnach die klassische Umweltbildung und hilft Gerechtigkeitempfinden und Umweltbewusstsein miteinander zu verknüpfen. Die Aufstockung um 1.000.000 EUR fördert die Entwicklung verschiedener Aktivitäten und eine Erhöhung der Anzahl Einrichtungen, die</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           Enth. FDP           nein GRÜNE       ja AFD           nein</p>

	Förderungen beziehen. Deckung durch Antrag zu Titel 537 11 531 (Wildschweinbejagung).	
--	--	--

